Universitätsstadt Gießen Stadtverordnetenversammlung

Ausschuss für Soziales, Sport und Integration



Stadtverordnetenbüro Auskunft erteilt: Frau Benz Berliner Platz 1, 35390 Gießen Telefon: 0641 306-1033 Telefax: 0641 306-2033

E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum:08.07.2014

Niederschrift

der 23. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration

am Mittwoch, dem 02.07.2014,

im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.

Sitzungsdauer: 19:05 - 21:20Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz Herr Peter Sommer

Herr Rolf Krieger Ausschussvorsitzender

Herr Zeynal Sahin

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Dieter Kräske Frau Julia-Christina Sator Herr Martin Schlicksupp

(in Vertretung für Stv. Becker)

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Ewa Wenig

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Frau Elke Victor

Außerdem:

Herr Christian Jackelen Fraktion Die Piraten
Herr Christian Oechler Fraktion Die Piraten

Herr Michael Janitzki Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

FDP

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin (bis 20:50 Uhr)

Frau Astrid Eibelshäuser Stadträtin

Von der Verwaltung:

Frau Christina Bräutigam Jugendamt

Frau Gabi Keiner Stellv. Amtsleiterin Jugendamt

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Gäste/Sachverständige:

Frau Dr. Ingrid Kaiser Stellv. Vorsitzende Jugendhilfeausschuss

Entschuldigt:

Herr Jürgen Becker CDU-Fraktion

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Janitzki, LB/BLG, bemängelt, er habe darum gebeten, dass Herr Thies, Geschäftsführer der Wohnbau, an der heutigen Sitzung teilnehme. Leider sei dies nicht der Fall.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, da dies nicht explizit auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehe, habe sie es für unangemessen gehalten, dass Herr Thies spreche.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt **Vorsitzender** fest, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen ist.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

- 1. Bürger/-innenfragestunde
- Vorstellung des zentralen Anmelderegisters für die Kinderbetreuung;
 hier: Information des Magistrats

3. Deckelung des Budgets im Produkt "Finanzierung freier Träger" (KT 0645010300)

STV/2231/2014

- Antrag des Magistrats vom 10.6.2014 -
- 4. Wohnungsmangel in Gießen

STV/2261/2014

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 23.06.2014 -
- Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Vorstellung des zentralen Anmelderegisters für die Kinderbetreuung; hier: Information des Magistrats

Frau Christine Bräutigam, Mitarbeiterin des Jugendamtes, stellt das Internetportal "Little Bird" vor, auf dessen Grundlage ab September ein zentrales Anmelderegister für alle Kitas in der Stadt Gießen zur Verfügung stehen wird. Dabei könne trägerübergreifend online nach freien Betreuungsplätzen gesucht werden.

Fragen der Stadtverordneten Sahin, Greilich, Sator, Dr. Greilich und Schlicksupp werden von Frau Bräutigam und Frau Keiner beantwortet.

3. Deckelung des Budgets im Produkt "Finanzierung freier Träger" (KT 0645010300)

STV/2231/2014

- Antrag des Magistrats vom 10.6.2014 -

Antrag:

"Der Jugendhilfeausschuss (JHA) hat in seiner 12. Sitzung am 08.05.2014 folgenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Der JHA beantragt, die Budgetierung der gestaltbaren Pflichtleistungen im Bereich der freien Träger der Jugendhilfe aufzuheben und die Tarif- und Kostensteigerungen sowie neue gesetzliche Aufgaben durch zusätzliche Mittel zu finanzieren."

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, vertritt die Auffassung, der Antrag sei formal nicht richtig. Die Bürgermeisterin bzw. der Magistrat könne nicht einen Antrag

des Jugendhilfeausschusses als Antrag des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung stellen. Daher beantragt er, den Antrag zurückzustellen.

Dies wird einstimmig abgelehnt (Nein: SPD/GR/CDU; StE: FW)

An der nachfolgenden ausführlichen Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Janitzki, Sator, Dr. Greilich, Bietz, Victor sowie Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz, Bürgermeisterin Weigel-Greilich und Frau Kaiser.

Auf Antrag der **Stv. Sator**, CDU-Fraktion, wird die Sitzung von 20:40 – 20:45 Uhr unterbrochen

Die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU stellen folgenden Änderungsantrag:

"Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die vom Jugendhilfeausschuss beantragte Aufhebung der Budgetierung ab und stimmt dem Finanzierungsvorschlag des Jugendhilfeausschusses für die Übertragung der Pflichtleistungen an die freien Träger für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 zu."

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, CDU; StE: FW).

4. Wohnungsmangel in Gießen

STV/2261/2014

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 23.06.2014 -

Antrag:

"Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, geeignete Maßnahmen zur Behebung des Wohnungsmangels in bestimmten Bereichen Gießens zu ergreifen. Erklärtes Ziel muss sein,

- die Kaltmieten der 500 Sozialwohnungen in Gießen, die bis 2018 aus der Belegungsbindung fallen werden, einzufrieren und
- den Bestand an Sozialwohnungen für Ein- und Zwei-Personen-Haushalte, die den Kriterien für Hartz-IV-Empfänger entsprechen, in den nächsten drei Jahren um mindestens 50 Wohnungen jährlich zu vergrößern.

Weiterhin ist zu prüfen, ob und wie Investoren verpflichtet werden können, bei Bauvorhaben mit einer größeren Anzahl von Wohnungen einen bestimmten Anteil von Sozialwohnungen, die den Kriterien für Hartz-IV-Empfänger entsprechen, zu errichten."

Stv. Janitzki, LB/BLG, bemängelt, dass das von Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz für die erste Jahreshälfte angekündigte Wohnraumversorgungskonzept noch nicht vorliege. Außerdem bedauere er es sehr, dass der Geschäftsführer der Wohnbau, Herr Thies, in der heutigen Sitzung nicht anwesend sei, obwohl dieser sich den Termin der Sitzung seit langem frei gehalten habe.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, es sei versäumt worden, einen Bericht durch Herrn Thies ordentlich auf die Tagesordnung aufzunehmen. Sie selbst habe es für unangemessen gehalten, ihn ohne entsprechende Ankündigung zur Sitzung einzuladen.

Herr Sommer, SPD-Fraktion, vertritt die Auffassung, der Fokus liege viel zu sehr auf der Wohnbau Gießen GmbH. Es sei unabdingbar, alle in der Stadt vertretenen Wohnungsbauunternehmen mit ins Boot zu holen.

Die SPD-Fraktion stellt folgenden, ersetzenden, Änderungsantrag:

"Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Ankündigung der Oberbürgermeisterin, das Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt fortzuschreiben und im Dialog mit allen Akteuren - den öffentlichen Wohnungsbauunternehmen und anderen Beteiligten - eine gemeinsame Verständigung über die Ziele des Wohnungsbaus und der Wohnraumversorgung in Gießen zu erreichen. Dazu gehört vor allem, den sozialen Wohnungsbau zu fördern und den Bestand an Sozialwohnungen zu sichern, sowie die Erstellung eines Leitbildes soziales Wohnen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert Bund und Land auf, zusätzliche Mittel bzw. geeignete und attraktive Förderprogramme für die Bestandssicherung und Weiterentwicklung des sozialen Wohnungsbaus bereitzustellen."

Begründung:

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz hat im Juni in einem Vortrag auf der Landesgartenschau die Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes sowie die Erarbeitung eines Leitbildes sozialen Wohnen angekündigt. Sie betonte, dass es wichtig sei, eine Verständigung aller Akteure herbeizuführen, um sich gemeinschaftlich den Herausforderungen der Zukunft stellen zu können. Die heterogene Bevölkerungsstruktur in Gießen sowie die aktuelle Boom-Entwicklung, lassen es als erforderlich erscheinen, gerade für den preisgünstigen sowie den sozialen Wohnungsbau Vorsorge zu treffen, damit keine Verdrängung stattfindet und Bedarf und Angebot in Einklang gebracht werden können. Ein erster richtiger Schritt hierfür war die Entscheidung des Magistrats, sich beim Land dafür einzusetzen, in die Hessische Kappungsgrenzenverordnung aufgenommen zu werden. Um diese Themen weiter zu bearbeiten, bedarf es einer tiefer gehenden Analyse, die wie angekündigt, angegangen werden soll.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt (Ja: SPD, GR, FW; StE: CDU).

5. Verschiedenes

Stv. Janitzki regt an, die Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen im ehemaligen US Depot zu besuchen, um sich einen Einblick vor Ort zu verschaffen.

Der Vorschlag findet die Zustimmung der übrigen Ausschussmitglieder.

Vorsitzender schlägt vor, den Besuch vor der Sitzung des Ausschusses am 03.12.2014 vorzusehen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 24.09.2014, 19:00 Uhr, statt.

DER VORSITZENDE:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Krieger

(gez.) Benz